

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> .....		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i> .....		VI
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i> .....		XXI
<b>§ 1 Einführung</b> .....	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungs- handelns .....	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe .....	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe .....	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungs- gerichtsbarkeit .....	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	15	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	20	8
1. Der Dispositionsgrundsatz .....	21	8
2. Der Untersuchungsgrundsatz, die Beweismittel, das In- camera-Verfahren und der Grundsatz der freien Beweis- würdigung .....	22	9
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen .....	22	9
b) Die Beweismittel, das In-camera-Verfahren und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung .....	27	10
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz .....	32	12
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs .....	34	12
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens .....	36	13
6. Zeitgerechter Rechtsschutz .....	39	14
7. Effektiver Rechtsschutz und Prozesskostenhilfeantrag .....	40	15
IV. Prozesshandlungen .....	41	15
1. Parteihandlungen .....	42	15
2. Prozesshandlungen des Gerichts .....	52	18
a) Überblick .....	52	18
b) Verschiedene Urteilsarten .....	57	18
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils .....	67	20
V. Elektronische Datenverarbeitung und Verwaltungsgerichtsbar- keit .....	73	22
VI. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens .....	75	23
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	75	23
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	83	26
<b>§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung</b> .....	87	27
I. Ausgangsfall .....	87	27
II. Form und Inhalt der Klageschrift .....	89	27

III. Objektive und subjektive Klagehäufung .....	91	29
IV. Die Klageänderung .....	97	30
<b>§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 VwGO) .</b>	<b>101</b>	<b>32</b>
I. Ausgangsfälle .....	101	32
II. Allgemeines .....	104	32
III. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit .....	108	34
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen .....	109	34
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten .....	111	35
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte .....	114	35
IV. Das Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit .....	118	37
1. Die Subordinationstheorie .....	119	37
2. Die Interessentheorie .....	121	37
3. Die modifizierte Subjektstheorie .....	122	38
4. Abgrenzungsfragen .....	131	40
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses .....	135	40
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes .....	138	41
c) Die Rechtsnatur von Realakten .....	140	42
d) Die Abgrenzung von öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Verträgen .....	142	44
V. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit ...	143	44
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung .....	146	45
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungsgerichten vorbehaltene Streitigkeiten .....	148	46
VI. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht ...	152	48
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte .....	155	49
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei .....	158	50
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen ...	161	52
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	162	52
VII. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2 .....	163	52
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1 .....	163	52
a) Der Aufopferungsanspruch .....	164	52
b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung .....	165	53
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten .....	166	53
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts .....	168	54
VIII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG) .....	169	55
IX. Die Verweisung .....	175	56
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen .....	181	57
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts .....	181	57
2. Sonderproblem Aufrechnung .....	185	58

XI. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der Europäischen Union bzw supranationaler Organisationen .....	187	59
<b>§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten .....</b>	<b>193</b>	<b>62</b>
<b>§ 5 Die Anfechtungsklage .....</b>	<b>197</b>	<b>63</b>
I. Ausgangsfälle .....	197	63
II. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage .....	200	64
III. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage ....	204	65
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts .....	204	65
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts .....	206	66
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs ..	209	67
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns .....	256	80
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens .....	259	80
IV. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts .....	271	83
V. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche .....	273	83
VI. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage .....	278	84
<b>§ 6 Die Verpflichtungsklage .....</b>	<b>282</b>	<b>85</b>
I. Ausgangsfälle .....	282	85
II. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage .....	286	86
III. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage .....	289	87
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage .....	295	90
V. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage .....	296	90
1. Drittklagen .....	297	90
a) Nachbarklagen .....	297	90
b) Konkurrentenklagen .....	298	91
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage .....	306	95
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“ ...	309	96
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage .....	309	96
b) Die Ausnahmen .....	312	97
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen .....	316	97
a) Meinungsüberblick .....	321	98
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungsklage .....	324	100
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen .....	329	103
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie modifizierende Gewährungen .....	331	104
<b>§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage .....</b>	<b>336</b>	<b>106</b>
I. Ausgangsfälle .....	336	106

II. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4 .....	339	106
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts .....	340	107
2. Die Erledigung nach Klageerhebung .....	348	110
III. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 .....	349	110
1. Die Erledigung vor Klageerhebung .....	350	110
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung aus- geschlossen ist .....	353	111
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Ver- pflichtungsklage .....	357	114
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwal- tungsakts .....	358	114
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt .....	362	115
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4 .....	364	115
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungs- klage .....	366	116
<b>§ 8 Die allgemeine Leistungsklage .....</b>	<b>370</b>	<b>116</b>
I. Ausgangsfall .....	370	116
II. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage .....	371	117
III. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leis- tungsklage .....	382	119
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Ver- waltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität .....	382	119
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Ver- waltungsakte .....	383	120
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit .....	383	120
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungsklage gegen Verwaltungsakte .....	384	120
3. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende unter- gesetzliche Rechtsnormen .....	392	122
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage ..	393	122
<b>§ 9 Die Gestaltungsklagen .....</b>	<b>395</b>	<b>123</b>
I. Ausgangsfall .....	395	123
II. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen .....	396	123
III. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage ...	400	125
<b>§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage .</b>	<b>404</b>	<b>126</b>
I. Ausgangsfälle .....	404	126
II. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage .....	407	126
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungs- klage .....	408	127
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses .....	408	127
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse .	414	128
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse ..	417	129
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen .....	423	131
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse .....	429	132
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses .....	433	133

2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage .....	435	134
III. Die Subsidiarität der Feststellungsklage .....	440	135
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel .....	440	135
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen .....	441	135
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage .....	444	136
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel .....	445	136
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2) .....	448	137
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs .....	452	138
IV. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen .....	457	139
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage .....	459	140
<b>§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte .....</b>	<b>463</b>	<b>141</b>
I. Allgemeines .....	463	141
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit .....	465	142
III. Die örtliche Zuständigkeit .....	469	143
IV. Verweisung .....	471	143
<b>§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit .....</b>	<b>473</b>	<b>143</b>
I. Ausgangsfälle .....	473	143
II. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit .....	475	144
1. Beteiligte .....	476	144
2. Die Beteiligungsfähigkeit .....	479	145
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1 .....	480	145
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2 .....	485	146
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3 .....	488	147
III. Die Beiladung .....	489	148
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung .....	489	148
2. Die einfache Beiladung .....	491	148
3. Die notwendige Beiladung .....	495	149
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung .....	498	149
IV. Die Streitgenossenschaft .....	500	150
<b>§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit .....</b>	<b>503</b>	<b>151</b>
I. Die Prozessfähigkeit .....	503	151
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit .....	509	152
<b>§ 14 Die Klagebefugnis .....</b>	<b>511</b>	<b>153</b>
I. Ausgangsfälle .....	511	153
II. Allgemeines .....	515	153
III. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen .....	518	154
IV. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis .....	520	155
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung .....	520	155

2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers .....	522	156
a) Der Begriff des subjektiven Rechts .....	522	156
b) Die Begründung subjektiver Rechte .....	527	158
c) Die sog. Adressatentheorie .....	551	169
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen .....	554	170
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen .....	564	175
f) Die Problematik der Verbandsklage .....	568	177
g) Der sog. Insiichprozess .....	573	181
3. Klagebefugnis und das Recht der EU .....	577	181
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit .....	580	184
<b>§ 15 Die Prozessführungsbefugnis .....</b>	<b>586</b>	<b>185</b>
I. Ausgangsfall .....	586	185
II. Allgemeines .....	587	185
III. Die Regelung des § 78 .....	591	186
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation ..	591	186
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1 .....	595	187
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3 .....	599	188
IV. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klage- arten .....	602	188
<b>§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis .....</b>	<b>605</b>	<b>189</b>
I. Ausgangsfälle .....	605	189
II. Allgemeines .....	608	190
III. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten .....	612	191
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1 ...	614	191
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a .....	615	191
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte .....	618	192
4. Die isolierte Anfechtungsklage .....	619	193
IV. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4 .....	620	193
1. Das berechnigte Interesse .....	620	193
2. Das berechnigte Interesse gem. § 43 Abs. 1 .....	621	193
a) Allgemeines .....	621	193
b) Zweifelsfälle .....	622	193
3. Das berechnigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4 .....	628	195
a) Wiederholungsgefahr .....	629	196
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung .....	631	196
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwal- tungsakte .....	632	197
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses .....	634	197
e) Grundrechtseingriff .....	635	198
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwal- tungsakte .....	636	198
V. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen .....	637	199

1. Grundsätzlich kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts mit Wirkung ex nunc . . . . .	638	199
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch . . . . .	640	199
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel . . . . .	641	200
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes . . . . .	642	200
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg . . . . .	642	200
b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts . . . . .	643	201
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren . . . . .	644	202
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten . . . . .	646	202
<b>§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft . . . . .</b>	<b>650</b>	<b>203</b>
I. Ausgangsfälle . . . . .	650	203
II. Der Streitgegenstands begriff . . . . .	653	203
1. Einführung . . . . .	653	203
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand . . . . .	655	204
a) Allgemeines . . . . .	655	204
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage . . . . .	660	205
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten . . . . .	663	207
III. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit . . . . .	664	208
1. Die prozessrechtliche und materielle rechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit . . . . .	664	208
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit . . . . .	666	209
IV. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung . . . . .	667	209
1. Rechtskraft und Bestandskraft . . . . .	667	209
2. Die formelle Rechtskraft . . . . .	669	210
3. Die materielle Rechtskraft . . . . .	670	210
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen . . . . .	671	210
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft . . . . .	672	211
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe . . . . .	676	212
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage . . . . .	680	212
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft . . . . .	684	213
V. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	685	214
<b>§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens . . . . .</b>	<b>693</b>	<b>215</b>
I. Ausgangsfälle . . . . .	693	215
II. Allgemeines . . . . .	696	216
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens . . . . .	696	216
2. Die Prüfung eines Widerspruchs . . . . .	702	217
III. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs . . . . .	706	220
IV. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	709	220

1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens .....	709	220
2. Ausnahmen .....	710	221
3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs .....	715	222
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage .....	719	223
V. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid .....	721	223
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde .....	721	223
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde .....	723	224
VI. Die Widerspruchsfrist .....	726	225
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58 .....	726	225
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist ..	736	230
VII. Das Widerspruchsinteresse .....	741	232
VIII. Die Begründetheit des Widerspruchs .....	742	232
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts .....	742	232
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde .....	745	235
IX. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius .....	747	236
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO ....	751	237
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen .....	752	237
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde .....	753	237
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius .....	754	238
X. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch .....	756	238
<b>§ 19 Die Klagefrist .....</b>	<b>760</b>	<b>240</b>
I. Ausgangsfälle .....	760	240
II. Der Anwendungsbereich des § 74 .....	763	241
III. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 .....	765	242
IV. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75) .....	776	245
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchsbescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt .....	776	245
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung .....	778	245
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75 .....	781	246
<b>§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage .....</b>	<b>787</b>	<b>249</b>
I. Ausgangsfälle .....	787	249
II. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1 .....	792	249
III. Die gerichtliche Kontrolldichte .....	796	251
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen .....	797	251

a) Ermessensüberschreitung .....	800	252
b) Ermessensnichtgebrauch .....	804	254
c) Ermessens Fehlgebrauch .....	806	254
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum ...	810	255
a) Die Bedeutung der Problematik .....	810	255
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums .....	813	256
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen .....	814	256
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum .....	817	257
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen .....	834	261
3. Planungs- und Regulierungsermessen .....	841	262
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2 .....	843	264
IV. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten .....	847	265
1. Einführung in die Problematik .....	847	265
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik .....	848	266
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt .....	852	267
4. Die materiellrechtliche Problematik .....	858	269
a) Grundsätzliche materiellrechtliche Irrelevanz einer erst nach Abschluss des Verfahrens eingetretenen Veränderungen der Sach- oder Rechtslage .....	859	270
b) Nachträgliches Rechtswidrigwerden eines rechtmäßig erlassenen Verwaltungsakts aufgrund einer nach Abschluss des Verfahrens eingetretenen Veränderung der Sach- oder Rechtslage .....	861	270
c) Nachträgliches Rechtmäßigwerden eines rechtswidrig erlassenen Verwaltungsakts .....	869	273
V. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache .....	873	276
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts .....	873	276
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen .....	875	277
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid .....	878	278
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung .....	879	279
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs .....	879	279
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit .....	880	280
3. Die Aufhebung des Verwaltungsakts bei Anfechtungsklagen gem. § 42 Abs. 2 HS 1 .....	881	280
VI. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen .....	882	281
1. Das Nachholen einer Begründung .....	882	281
2. Das Nachschieben von Gründen .....	883	281
a) Abgrenzung der Problematik .....	883	281
b) Kritik an der herrschenden Meinung .....	885	282

VII. Die Umdeutung von Verwaltungsakten . . . . .	890	284
VIII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4 . . . . .	895	285
IX. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts . . . . .	897	285
X. Die Zustellung der Entscheidung . . . . .	898	286
XI. Die Vollstreckung der Entscheidung . . . . .	899	286
<b>§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage . . . . .</b>	<b>905</b>	<b>287</b>
I. Ausgangsfälle . . . . .	905	287
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5 . . . . .	908	288
1. Die Spruchreife . . . . .	909	288
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts . . . . .	912	289
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung . . . . .	913	289
III. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung . . . . .	916	289
IV. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage . . . . .	920	290
V. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache . . . . .	922	292
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Anspruch auf Vornahme des Verwaltungsakts . . . . .	922	292
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	924	293
VI. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4 . . . . .	926	293
<b>§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .</b>	<b>932</b>	<b>294</b>
I. Ausgangsfall . . . . .	932	294
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“ . . . . .	934	295
III. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“ . . . . .	937	296
<b>§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen . . . . .</b>	<b>940</b>	<b>297</b>
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage . . . . .	940	297
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen . . . . .	943	298
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage . . . . .	944	299
<b>§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47 . . . . .</b>	<b>945</b>	<b>299</b>
I. Ausgangsfälle . . . . .	945	299
II. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle . . . . .	947	300
III. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle . . . . .	948	300
1. Die Antragstellung . . . . .	949	301
2. Die Statthafteit der Normenkontrolle . . . . .	950	301
a) Bundesrechtlich statthafte oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrollen . . . . .	952	302
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2 . . . . .	953	303

c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle .....	957	305
d) Grundsätzlich keine Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3 .....	959	306
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung .....	960	306
4. Die Antragsbefugnis .....	963	307
a) Die Antragsbefugnis gem. § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 und nach dem UmwRG .....	964	307
b) Die Antragsbefugnis von Behörden gem. § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 .....	971	310
5. Der Antragsgegner .....	972	310
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse .....	973	311
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normenkontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen sowie von Umweltvereinigungen .....	974	311
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde .....	985	313
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft .....	986	313
8. Antragsfrist .....	987	314
IV. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags .....	988	315
1. Allgemeines .....	988	315
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Unionsrecht .....	992	316
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs durch § 47 Abs. 3 .....	994	317
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel .....	994	317
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel .....	995	317
4. Die Entscheidung des OVG .....	998	318
V. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag .....	1001	320
<b>§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz .....</b>	<b>1004</b>	<b>322</b>
I. Ausgangsfälle .....	1004	322
II. Allgemeines .....	1012	323
III. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b .....	1013	323
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 .....	1015	324
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung .....	1023	325
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen .....	1030	327
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts .....	1036	328
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes ..	1037	329
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten ...	1038	329
b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten .....	1041	330
c) Andere Fälle .....	1044	330
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts .....	1046	330
a) Rechtsnatur und Bedeutung .....	1046	330
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung .....	1049	331
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung .....	1061	335
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung .....	1062	336

b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung . . . . .	1063	336
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	1064	336
a) Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	1066	337
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags . . . . .	1078	341
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung . . . . .	1085	346
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts . . . . .	1094	349
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts . . . . .	1095	349
10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung . . . . .	1099	351
a) Allgemeines . . . . .	1099	351
b) Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	1100	351
c) Die Begründetheit des Antrags . . . . .	1102	351
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a . . . . .	1104	354
IV. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . . . .	1106	355
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123 . . . . .	1106	355
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1110	356
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1113	357
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund . . . . .	1113	357
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	1115	358
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1121	361
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1122	361
V. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6 . . . . .	1124	363
1. Allgemeines . . . . .	1124	363
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1126	363
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1127	364
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1128	365
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1132	366
<b>§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47 . . . . .</b>	<b>1141</b>	<b>368</b>
I. Ausgangsfälle . . . . .	1141	368
II. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1144	368
III. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1145	369
IV. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1146	369

1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten .....	1147	370
2. Rechtsschutz durch verwaltungsgerichtliche Feststellungsklagen .....	1155	372
a) Verschiedene Feststellungsklagen .....	1156	373
b) Die Klage auf Feststellung des (Fort-)Bestehens des Rechts .....	1160	375
3. Verbleibende Rechtsschutzlücken und deren Schließung ...	1162	376
a) Rechtsschutzlücken bei Vollzugsnormen .....	1162	376
b) Keine Schließung von Rechtsschutzlücken durch außerhalb des § 43 angesiedelte atypische Feststellungsklagen .....	1164	377
c) Die Klage auf Feststellung der Nichtberechtigung des Normgebers zum Erlass einer untergesetzlichen Norm .	1165	377
d) Rechtsschutz gegen formelle Gesetze durch eine Rechtssatzverfassungsbeschwerde .....	1167	378
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen .....	1169	380
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde .....	1171	381
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG .....	1171	381
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG .....	1172	381
V. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen .....	1174	382
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsnormen .....	1174	382
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze .....	1175	383
VI. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen .....	1177	384
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsvorschriften außerhalb des § 47 Abs. 6 .....	1177	384
2. Vorläufiger Rechtsschutz gegen formelle Gesetze .....	1178	384
<b>§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung sowie der Erledigungsrechtsstreit .....</b>	<b>1185</b>	<b>387</b>
I. Ausgangsfälle .....	1185	387
II. Allgemeines .....	1188	387
III. Der gerichtliche Vergleich .....	1189	388
IV. Die Klagerücknahme gem. § 92 .....	1193	389
V. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache ...	1198	390
VI. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung .....	1202	391
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen .....	1202	391
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage .....	1204	391
3. Der Inhalt der Entscheidung .....	1207	393
<b>§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts .....</b>	<b>1211</b>	<b>394</b>
I. Der Begriff des Rechtsmittels .....	1211	394
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens .....	1214	395

1. Die Einlegung des Rechtsmittels .....	1214	395
2. Die Rechtsmittelberechtigten .....	1215	395
3. Die Beschwer .....	1216	395
4. Das Verbot der reformatio in peius .....	1219	396
5. Das Anschlussrechtsmittel .....	1221	396
6. Die formell inkorrekte Entscheidung .....	1223	397
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels .....	1230	398
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels .....	1232	398
III. Die Berufung .....	1234	399
IV. Die Revision .....	1236	399
V. Die Beschwerde .....	1239	400
<i>Sachverzeichnis</i> .....		403